

Pulsnitzer Tageblatt

Verantwortlicher: 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Wochenblatt Paul-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Dretznig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Lichtenberg, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Littmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 205

Sonnabend, den 1. September 1928

80. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Hierdurch wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß in der Zeit vom 3. bis 15. September 1928

Alarmierung der Freiwilligen Feuerwehr ohne Pflichtfeuerwehr

erfolgen wird. Auf das Signal „Feueralarm“ sammeln die Mannschaften der Feiw. Feuerwehr vor den Gerichte bzw. Spritzenhäusern, in welchen die ihnen zugeteilten Geräte untergebracht sind. Die Führer melden sich sofort beim Branddirektor auf dem Hauptmarkte und erhalten dort Kenntnis von dem angenommenen Brandobjekte.
Pulsnitz, den 1. September 1928. Der Stadtrat.

Bekanntmachung

Meisterprüfungen betreffend.

Im Bezirke der Gewerbekammer Zittau finden die nächsten Meisterprüfungen im kommenden Herbst statt. Handwerker, die sich der Prüfung an dem genannten Termine unterziehen wollen, müssen ihre Gesuche um Zulassung zur Prüfung bis spätestens zum 15. September 1928 an die Geschäftsstelle der Kammer, Lessingstraße 32, einreichen.
Zittau, den 1. September 1928. Die Gewerbekammer

Infolge vorzunehmender dringender Arbeiten

wird die Stromzuführung im Gleichstromnetz in Pulsnitz auf den Straßen Bischofs- werder Straße, Hauptstraße, Schilfstraße und in Pulsnitz M. S. auf der Hauptstraße, Sonntag, den 2. September ds. Js. von früh 5 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit abgeschaltet.

Ueberlandkraftwerke Pulsnitz A.-G. in Pulsnitz

Antkündigungen

aller Art sind in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ von denkbar größtem Erfolg!

Das Wichtigste

Reichspräsident von Hindenburg wird am Dienstag von Dietramszell im Auto nach München fahren und sich direkt zum Palais des Reichspräsidenten begeben. Kurz vor 10 Uhr wird der Reichspräsident die Fahrt zur Grundsteinlegung beim Deutschen Museum antreten. Alle städtischen und staatlichen Gebäude werden flaggen. Die große Koalition in Thüringen ist gescheitert. Hugo Stinnes jun. erlitt in der Nacht einen Nervenzusammenbruch. Auf der englischen Flottenbauwerft in Barrow ist am Freitag ein weiteres der 6 Unterseeboote der sogenannten englischen O-Klasse vom Stapel gelassen worden. Das neue Boot erhielt den Namen „Dus“. Die U-Boote der O-Klasse sind das modernste, was die englische Unterseeboot-Technik hervorgebracht hat. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat man dort aus Oslo die Nachricht empfangen, daß der Dampfer „Gobby“ die Viktoria Insel vergeblich nach Spuren der Nobil-Expedition abgesehen hat. Durch die Schwere des Eises, so heißt es, sei die Antenne gerissen. Nach Meldungen aus Mexiko Stadt wurde zwischen Guantlan und Cumanaca ein Personenzug von Banditen überfallen. Die Räuber machten die Militärsache nieder und plünderten die Reisenden aus. Die Regierung hat eine Verordnung erlassen, die die Auflösung der besonderen Gerichte zur Aburteilung der Kommunisten vorsieht. Künftighin sollen die Kommunisten und die anderen staatsfeindlichen Elemente von den ordentlichen chinesischen Gerichten abgeurteilt werden.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Von unserem handelspolitischen Mitarbeiter. Die Tarifierhöhung der Reichsbahn. — Eine starke Belastungsprobe für die Wirtschaft. — Vereinfachung im Landgewerbe. — Das Leipziger Messgewerbe. — Rationalisierungsmaßnahmen im Bankgewerbe.

Die Tarifierhöhung der Reichsbahn tritt nun doch in Kraft. Seit langem hat die Deutsche Reichsbahngesellschaft Anstrengungen gemacht, um eine Erhöhung der Eisenbahntarife durchzuführen zu können. Aber erst das Reichsbahngericht in Leipzig hat erkannt, daß vom „rechtlichen Standpunkt“ aus eine Tarifierhöhung notwendig sei. Das Gericht ist sogar zu der Überzeugung gelangt, daß diese Erhöhung vorgenommen werden müsse, um die Liquidität der Reichsbahn sicher zu stellen, d. h. die gefehlte Ausgleichsrücklage, die die Reichsbahn zur Deckung eines etwaigen Fehlbetrages und zur Sicherstellung für den Zins- und Tilgungsdienst aus dem Reparationsplan notwendig hat, dürfte nicht angezweifelt werden. Das Reichsbahngericht ist sogar in seiner Begründung soweit gegangen, daß es die Liquidität der Reichsbahn auf eine Summe von 1 Milliarde Reichsmark begrenzt hat, während die Reichsbahn selbst eine Grenze von 600 Millionen für ausreichend hielt.

Daß eine Tarifierhöhung für die Wirtschaft, gerade unter den jetzigen Verhältnissen, eine außerordentlich schwere Belastung darstellt, braucht nicht erst besonders angeführt zu werden. Immerhin hat die Reichsbahn eine gewisse Staffellung bei der neuen Berechnung der Tarife vorzusehen. So werden z. B. die Tarife im gesamten Berufsverkehr, d. h. im Verkehr, der sich größtenteils aus monatlich entnommenen Dauerarten bzw. Wochenarten zusammensetzt, nicht erhöht werden. Dieser Verkehr macht insgesamt etwa 43 Prozent vom ganzen Personenverkehr aus. Außerdem wird man bei der Erhöhung der Gütertarife bestimmte Ermäßigungen zugestehen müs-

Der Reichskanzler bei Dr. Stresemann

Weiterfahrt von Baden-Baden nach Genf

Erzbischof Soederblom über die Friedensaufgabe der Kirchen — Rußland zur Unterzeichnung des Kelloggpaktes bereit — Reichstagspräsident Löbe zur Panzerkreuzerdebatte — Der Parteiaussschuß der S. P. D. einberufen — Paris Soir: Die gegenwärtige Besetzung eine unnötige Bedrückung

Berlin. Reichskanzler Müller ist zusammen mit den Mitgliedern der Deutschen Delegation zu den Völkerbundverhandlungen nach Genf gefahren. In Baden-Baden unterbrach der Reichskanzler seine Reise, um mit Dr. Stresemann den Bericht zu besprechen, der dem Reichskanzler von Dr. Stresemann auf Grund der Pariser Verhandlungen zugegangen war. Der Reichskanzler hat dann mit dem Außenminister taktische Einzelfragen für die Räumungsverhandlungen in Genf besprochen.

Man rechnet in deutschen diplomatischen Kreisen damit, daß die Räumungsverhandlungen nicht nur zwischen dem Reichskanzler und dem Außenminister Briand, sondern auch zwischen dem Reichskanzler und Vertretern anderer Staaten in Genf geführt werden können, nachdem der englische stellvertretende Außenminister, Lord Cushendun, ausdrücklich in Genf erklärt hat, daß er die gleichen Vollmachten habe wie der Außenminister selbst.

Erzbischof Soederblom über die Friedensaufgabe der Kirchen.

Prag. Als feierlicher Abschluß des Internationalen Kirchlichen Abrüstungskongresses fand ein Gottesdienst statt. Die Ansprache über das Thema: „Die Weihe zum Frieden“ hielt Erzbischof Dr. Soederblom, Upsala.

Dr. Soederblom stellte einleitend fest, daß nach der Statistik eines Sachverständigen heute in Europa trotz der Abrüstung der vier besiegten Mächte mehr Männer unter Waffen stünden, als vor dem Kriege und mehr Geld für Kriegszwecke ausgegeben werde.

Es sei etwa ein Viertel des französischen Haushalts der Rüstung gewidmet,

in Italien 22 v. H., in Polen 33 v. H. In England seien die Ausgaben für Kriegsrüstungen und Kriegsschulden von 20 Pfund pro Familie jährlich auf 57,5 Pfund gestiegen. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika würden 82 v. H. der allgemeinen Steuer zu militärischen Zwecken verwandt. Die gesamte Bevölkerung von London könne in zwölf Stunden mit Giftgas getötet werden.

Diesen Tatsachen gegenüber könne die Christenheit nicht schweigen. Es genüge nicht, den Krieg humaner zu machen. Wir müßten das Böse selbst vernichten. Die Abscheulichkeit des Krieges und die Botschaft Christi von der Brüderlichkeit sollte in allen Schulbüchern und von den Kanzeln eingepreßt werden, wie noch nie in der Geschichte der Kirche. Der Kelloggpaakt ehre die Menschheit und unser Geschlecht, er müsse jedoch ein Rückgrat erhalten in einer sicheren internationalen Vereinbarung. Einem starken Gerichtshof. Dieser internationale Zusammenschluß könne freilich nie wirksam werden, ohne die allgemeine Anerkennung einer gemeinsamen sittlichen Autorität. Der Friede könne nicht ohne angestrengten sittlichen Kampf gewonnen werden. Nur wenn die Unerfälllichkeit und die

Furcht schwänden, könne Friede werden. Und dies hänge allein von der Macht Gottes ab.

Beschlüsse der Prager Weltkirchenkonferenz.

Prag. Zur Minderheitenfrage wurde eine Entschlieung gefaßt, in der es u. a. heißt: Es ist die Grundüberzeugung des Weltbundes, daß die Anerkennung der Rechte der Minderheiten eine wichtige Bedingung für die Befriedigung der Nationen und die Aufrechterhaltung des Friedens ist. Leider haben die bisherigen Bemühungen die Notlage der Minderheiten in einigen Ländern nicht fühlbar geändert. Im Hinblick auf diese Tatsache wird eine verstärkte Arbeit des Weltbundes für die Minderheiten gefordert. Die Bewegung für den Frieden sonntags, die bereits in einigen Ländern stark an Boden gewonnen hat, soll weiter gefördert und die Festsetzung eines allgemeinen Friedenssonntags versucht werden.

Rußland zur Unterzeichnung des Kelloggpaktes bereit

Kowno, 1. September. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der stellvertretende Außenkommissar Witwinow am Freitag den französischen Botschafter Herbetie empfangen und ihm die Antwortnote der Sowjetregierung auf die durch Frankreich übermittelte Einladung zur Unterzeichnung des Kelloggpaktes überreicht. In der sowjetrussischen Note wird bemängelt, daß der Kelloggpaakt keine Verpflichtungen der unterzeichneten Mächte über die Durchführung der allgemeinen direkten Abrüstung enthalte, die nach sowjetrussischer Auffassung die alleinige wesentliche Vorbedingung für den Frieden darstelle. Die Formulierung der einzelnen Bestimmungen des Kelloggpaktes über den Kriegsverzicht sei ungenügend und unbestimmt und lasse verschiedene und willkürliche Auslegungen zu. Der Paakt enthalte außerdem eine Reihe von Vorbehalten, die den Zweck verfolgten, von vornherein auch den Schein einer Verpflichtung der Aufrechterhaltung des Friedens zu beseitigen. Da der Paakt aber den Unterzeichnermächten gegenüber der öffentlichen Meinung gewisse Verpflichtungen auferlege, gebe er der Sowjetunion eine neue Möglichkeit, ihre Friedensliebe zu beweisen und ihre Bereitwilligkeit zur Unterzeichnung des Paktes zu bekunden.

Reichstagspräsident Löbe zur Panzerkreuzerdebatte

Berlin, 1. September. Reichstags-Präsident Löbe nimmt im „Vorwärts“ in einem „klare Entscheidung“ überschriebenen Artikel Stellung zur Panzerkreuzerfrage. Löbe hält die Partei um ihrer selbst Willen für absolut gebunden und kommt zu dem Schluß, daß die sozialdemokratischen

